Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1892

24 (29.1.1892) II. Blatt

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht. 2 Mark 80 Pfg., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., im Reklamentheile 40 Pf.
Bemerkungen: Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 24. II. Blatt. Karlsruhe, Freitag, den 29. Januar 1892.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 28. Jan.

19. Sitzung der zweiten Kammer.

Am Ministertische: Staatsminister Dr. Turban, Finanzminister Ellstätter und Ministerialdirektor Seubert.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung um 10 1/4 Uhr.

Der Sekretär verliest die eingegangenen Bittschriften. Abg. v. Buol nimmt Urlaub Behufs Theilnahme an den Verhandlungen des Reichstages.

Weiter theilt der Präsident mit, daß er beabsichtige, zur Förderung der Berathungen in den Kommissionen morgen keine Plenarsitzung abzuhalten.

Von Seiten deutschfreisinniger Abgeordneter ist eine Interpellation an die großh. Regierung eingegangen, wie sich dieselbe zu einer Abänderung der Wahlen für die Kreistage und Bezirksräthe stellen würde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Abg. Kiefer das Wort, um bezüglich des Abgeordneten Wacker eine persönliche Bemerkung zu machen. Dieser hatte bei den Verhandlungen über die Wahlprüfungen dem Abg. Kiefer vorgehalten, daß er bei zwei früheren Anlässen, nämlich bei der Wahl Bürklin's im Jahre 1877 für die Giltigkeit und bei der Edelmann's im Jahre 1881 für Kassirung gesprochen habe. Diese Vorhaltung hätte, wie Abg. Kiefer ausführt, nur dann einen Sinn, wenn dieselbe den Zweck verfolgte und was wohl auch die Absicht war, ihm eine rechtswidrige oder ungleiche Haltung bei der Beurtheilung der betreffenden Wahlen vorzuwerfen. Er habe nach mehrstündigem Suchen endlich die betreffenden Stellen in den Akten gefunden. Bei der Wahl Bürklin's handelte es sich nur um eine sog. Ungeschicklichkeit des Wahlkommissärs, und die große Mehrheit des Hauses, auch die Abgg. Lender, v. Feder und Lamey stimmten des Redners Ausführungen für Giltigkeitserklärung der Wahl bei. Bei der Wahl Edelmann's aber, für deren Ungiltigkeitserklärung Redner eintrat, bestand das Verfahren des Wahlkommissärs darin, daß er nicht nur eine Nummer auf den Wahlzettel, sondern auch auf die Kuverte setzte, wodurch die Wahl keine geheime mehr blieb, sondern eine offene wurde. Er nehme dem Abg. Wacker sein Verfahren, ihn deßhalb anzugreifen, um so mehr übel, als Wacker ihm schon im Jahre 1881 genau dieselbe Sache zum Vorwurfe gemacht und schon damals eine zutreffende Erwiderung seinerseits erfahren habe. Er glaube, daß Abg. Wacker keinen Anlaß hatte, nach einer schon im Jahre 1881 der Wahrheit entsprechend erfolgten Richtigstellung dieselbe Sache in derselben Weise im Jahre 1892 zu wiederholen. In beiden Fällen habe das Haus bei der Abstimmung mit großer Mehrheit die Richtigkeit seiner Ausführungen anerkannt.

Abg. Wacker: Er habe nur behauptet, daß es sich in beiden Fällen um dieselbe prinzipielle Frage gehandelt habe, und nichts unrichtiges gesagt, wie die Schilderung des Abg. Kiefer beweise.

Abg. Kiefer bemerkt, Abg. Wacker habe bei dem erneuten Vorbringen dieser Sache sehr bemerkbar den Vorwurf andeuten wollen, als hätte er nicht nach Maßgabe seiner Rechtsanschauung, sondern nur mit Rücksicht darauf gehandelt, daß in dem einen Falle der Abgeordnete ein Liberaler, im anderen derselbe ein Zentrumsvertreter war. Abg. Wacker hatte dazu um so weniger Veranlassung, als ihm schon vor 10 Jahren die Unrichtigkeit seiner Behauptungen nachgewiesen wurde.

Das Haus beginnt die Fortsetzung der Etatsberathung mit den Ausgabetiteln des Staatsministeriums. Der Titel 5, Gesandtschaft in Berlin, für beide Jahre 64,946 M., wird ohne Verhandlung genehmigt, ebenso Titel 6, Matrikularbeiträge an das Reich, für jedes der beiden Jahre 11,636,979 M. Bei Titel 7, Antheil der Eisenbahnschuldentugungskasse an den Ueberschüssen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, für beide Budgetjahre zusammen 1,000,000 M., führt

Abg. Schuler Klage darüber, daß bei der Reichspostbehörde so wenig Badener in den höheren Stellen Verwendung fänden. Es seien so viele Fremde und besonders Preußen im badischen Postdienste und die badischen Postbeamten würden zurückgesetzt.

Finanzminister Ellstätter bemerkt, daß ihm bisher von derartigen Klagen nichts bekannt geworden sei. Sollten wirklich begründete Beschwerden über die Zurücksetzung badischer Staatsangehöriger der Regierung bekannt werden, so würde sie dieselben mit aller Energie vertreten und auf Abhülfe dringen.

Abg. Fieser meint, er könne die vom Abg. Schuler in ihrer Allgemeinheit vorgebrachte Beschwerde nicht als gerechtfertigt anerkennen. Ihm sei bekannt, daß schon wiederholt vergeblich Anstrengungen gemacht worden sind, höhere, in Baden gebürtige Postbeamte wieder nach Baden zurückzubringen. Er frage, wie viele Badener denn das höhere Postexamen gemacht hätten und nicht angestellt worden waren? Mit bloßen Behauptungen sollte man doch in diesem Hause nicht kommen, und Beweise habe Abg. Schuler nicht vorgebracht. Die badischen Landeskinder hätten Gelegenheit, im ganzen Reichspostgebiete angenehme Stellungen zu finden, und das sei auch ein nicht zu unterschätzender Vortheil. Es scheine ihm aber halb und halb, als hätte Abg. Schuler nur darüber Beschwerde führen wollen, daß überhaupt preußische Beamte im Postdienste Badens beschäftigt würden; gegen derartige Aeußerungen müsse man entschieden auftreten.

Abg. Wittmer sagt, er habe zwar seine Freude daran, wenn die Reichspost schöne Gebäude aufführe; aber damit sei zumeist ein Nachtheil verbunden, nämlich der, daß diese neuen Gebäude vielfach dem Verkehrszentrum entrückt und in die Nähe des Bahnhofs oder vor die Stadt verlegt werden. Das sei eine Schädigung des Verkehrs- und Industrielebens und trete z. B. in Gernsbach grell zu Tage. Auch in Bretten sei das früher am Markt befindliche Postamt hinausverlegt worden und es wäre jetzt noch weiter hinausgerückt worden, wenn nicht die Stadt eingeschritten und mit großen Kosten innerhalb der Stadt geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hätte.

Abg. Schuler bemerkt, daß er nicht gegen die Reichspostbehörde überhaupt gesprochen, sondern nur mehr Berücksichtigung für die badischen Landesangehörigen verlangt habe.

Der Titel wird schließlich genehmigt, ebenso der Rest des Ausgabe-Etats für das Staatsministerium.

Die Einnahmen des Staatsministeriums, 1) Ueberweisungen aus der Reichskasse, betragen jährlich 11,314,870 M. Beim Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, Mehreinnahme 1,002,430 M., bemerkt

Abg. Greif: Der Tabak ist für unsere badischen Bauern seit vielen Jahren eine Quelle emsiger, ersprießlicher Thätigkeit gewesen, die aber völlig zu versiegen droht. Gerade in diesem Augenblick, wo unsere Landwirthschaft durch die neuen Handelsverträge so enorm geschädigt wird, sollte man doch in irgend einer Weise Ersatz zu schaffen suchen, und das könnte man, wenn man den Wünschen der Tabakbauer Rechnung trüge. An unserem Patriotismus kann gewiß Niemand zweifeln, aber wenn wir fortgesetzt die Zeche bezahlen und Opfer tragen müssen für unsere Vaterlandsliebe, so geht das doch zu weit. Redner richtet an die Regierung die Bitte, sie möge beim Bundesrath dahin wirken, daß der tabakbauenden Bevölkerung durch Erhöhung der Zölle auf ausländischen Tabak, bezw. Herabsetzung der inländischen Tabaksteuer Erleichterung geschaffen werde.

Abg. v. Stockhorner wollte zuerst, wenn die Frage hier nicht angeregt worden wäre, eine diesbezügliche Interpellation an die Regierung richten. Die Tabakbauer aus 271 tabakbauenden Ortschaften haben Bittschriften an die Staatsregierung abgesandt, beim Bundesrath eine Erhöhung der Steuer für ausländischen Tabak und eine Ermäßigung der inländischen Steuer zu beantragen. Wenn man dem Tabakbauer entgegenkommt, hilft man ja nicht den so viel verschrieenen Großgrundbesitzer, sondern dem kleinen Bauern, und Baden würde daraus den allermeisten Vortheil ziehen. Er ersuche die Staatsregierung, für eine Ermäßigung der Tabaksteuer einzutreten und Auskunft zu ertheilen, was sie bezüglich der Tabaksteuerbittschriften zu thun gedenke.

Abg. Eder wünscht zum Schutze der Tabakbauer erhöhten Zoll auf überseeischen Tabak.

Finanzminister Ellstätter: Die Regierung würde die jüngst hervorgetretenen Bestrebungen auf Steuerermäßigung für inländischen und Zollerhöhung für ausländischen Tabak gern unterstützen, wenn sie sich einen Erfolg dafür versprechen könnte. Es ist aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen keinerlei Aussicht dazu vorhanden. Eine bestimmte Stellung zu den Bittschriften der Tabaksbauer zu nehmen, hat die Regierung noch keine Veranlassung gefunden, er gebe aber die Versicherung, daß die Regierung sehr darauf bedacht sein werde, die Interessen der Tabakbauer jederzeit nach Möglichkeit wahrzunehmen.

Abg. Gerber bringt Beschwerden über einige Härten des jetzigen Besteuerungsmodus für Tabak vor; auch er wünsche Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak.

Abg. Klein-Wertheim: Der Tabakbau habe im Reiche um 3000 Hektar abgenommen, während in Baden allerdings eine kleine Erweiterung der bebauten Flächen eingetreten sei. Die Lage des Tabakbaues sei eine sehr mißliche, besonders in Folge des Verhältnisses der Steuer für inländischen Tabak zu den Zöllen für ausländischen Tabak. Redner weist dann durch Angaben von Zahlen die dringende Nothwendigkeit nach, die inländische Tabaksteuer herabzusetzen und die Zölle für überseeischen Tabak zu erhöhen. Außerdem aber sei auch bezüglich der Handhabung der Besteuerungsvorschriften eine Aenderung dringend wünschenswerth. Namentlich sollten die Vorschriften für die tabakbauende Bevölkerung erleichtert werden.

Abg. Schlosser ist erfreut über die Erklärung des Finanzministers. Durch einfache Herabsetzung der Tabaksteuer könne der tabakbauenden Bevölkerung allerdings nicht auf die Dauer geholfen werden. Vor Allem bedürfe sowohl die ländliche, wie die industrielle Bevölkerung dringend der Ruhe; fortgesetzte Anträge auf Veränderung der Besteuerung könnten derselben nicht zum Vortheil gereichen.

Abg. v. Stockhorner: Eine Ruhe ist allerdings für die Tabakbauern sehr gut, aber nur dann, wenn Verhältnisse vorhanden sind, welche eine ruhige Entwickelung und Existenz ermöglichen. Das ist aber nicht der Fall, und deßhalb werden die Tabakbauern nicht aufhören, für ihre Interessen einzutreten. Die Großh. Regierung wird sich hoffentlich nach der heutigen Anregung recht energisch den Schutz der Tabakbauern angelegen sein lassen.

Abg. Haußmann meint, für guten Tabak werde auch guter Preis gezahlt, während

Abg. Klein-Weinheim einen weiteren Schutz der tabakbauenden Bevölkerung für dringend nothwendig erachtet.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. Greif, Heimburger bestreitet

Abg. Schweinfurth, daß der Tabakbau so darnieder liege, daß er die Steuer nicht mehr decke. Wenn dies in einem Theile der Pfalz der Fall ist, so liegt dies in der Art der Düngung, da der Boden zu sehr mit Stickstoff durchdrängt ist und der Tabak dadurch unverbrennlich wird. In seiner Gegend lohnt der Tabak immer noch und er befürchtet, bei Ermäßigung der Steuer wird der Anbau auch in Gegenden betrieben, in denen überhaupt der Tabakbau nicht mehr rentirt und was zur Folge haben könnte, daß der Preis des Tabaks noch mehr sinken würde, trotz Ermäßigung der Steuer.

Der Titel, Mehreinnahme aus dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer mit 1,002,430 Mark wird darauf angenommen.

Beim folgenden Titel, Ertrag der Verbrauchsabgabe für Branntwein und des Zuschlags hierzu, Mindereinnahme 12,270 M. beklagen die Abgg. Schuler und Reichert, daß den Kleinbrennern, die keine eigene Brennvorrichtung haben, sondern dieselbe entleihen, einen höheren, als den Mindeststeuersatz zahlen sollen.

Ministerialdirektor Seubert bemerkt, daß dem Finanzministerium erst kürzlich auf amtlichem Wege über diese Art des Vollzugs Mittheilung gemacht worden sei. Die Ursache dieser erhöhten Besteuerung sei in dem Umstand zu suchen, daß in der betreffenden Bestimmung die Bezeichnung „Brennereibesitzer" gebraucht sei. Die Regierung habe sich indessen dahin ausgesprochen, daß die in Rede stehende Vergünstigung auch den Kleinbrennern ohne eigene Brennvorrichtung zu Theil werden solle; er hoffe, daß diese Auslegung der betreffenden Bestimmung als die richtige anerkannt werden möge.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. Gerber, Hug und Dreher, die es als Mißstand bezeichnen, daß es gestattet ist, beim Brennen von Trestern 2c. Spritt zuzusetzen und damit das Quantum erheblich zu vermehren, bezeichnet

Abg. Schuler das Mitbrennen von Spritt gleichfalls als Fälschung, die erschwert werden müsse, und fragt an, ob es denn nicht möglich wäre, den Kleinbrennern ein paar Tage Brennfreiheit oder ein kleines Maß von Branntwein steuerfrei zu gewähren, beziehungsweise in der Weise, daß die Staatskasse den daraus entstehenden Fehlbetrag ersetzt.

Ministerialdirektor Seubert erwidert, es unterliege keinem Zweifel, daß durch die Einführung des neuen Gesetzes viele Aenderungen unserer wirthschaftlichen Beziehungen und manche Nachtheile gegen früher geschaffen worden seien. Namentlich hätten sich die Vorschriften für die kleinen Brenner als ungünstig erwiesen und die Regierung sei sofort, als die Mißstände für dieselben hervortraten, mit aller Energie bestrebt gewesen, durch entsprechende Anträge beim Bundesrath Abhilfe zu schaffen und die Interessen der Kleinbrenner zu fördern. Daß ein Bundesstaat für einen Theil dieser auf Grund des Reichsgesetzes aufzubringenden Steuern Ersatz leisten solle, sei unzulässig, da sonst die Wirkung des betreffenden Gesetzes leicht beseitigt werden könnte. Die Beimischung von Spritte zu verbieten, gebe das gegenwärtige Gesetz keinerlei Handhabe.

Die Position wird nach einem Schlußwort des Berichterstatters, Abg. Birkenmayer, angenommen, ebenso ohne Debatte der Mehrertrag der Reichsstempelabgabe mit 132 260 M.

Die Gesammteinnahmen Badens an Ueberweisungen aus der Reichskasse betragen jährlich 11,314,870 M., oder für beide Budgetjahre 22,629,740 M. und werden ohne weitere Debatte genehmigt. Da nach den Budgetsätzen Baden für beide Jahre an das Reich 23,273,958 M. zu zahlen hat, so würde sich darnach ein für Baden ungünstiger Abschluß von 644,218 M. ergeben.

Die weitere Etatsberathung wird nach Annahme dieser Titel auf Samstag vertagt.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Deutscher Reichstag.

÷ Berlin, 26. Jan.

158 Plenarsitzung. Abends 8 1/2 Uhr.

Eingegangen: Gesetzentwurf, betreffend die Anwendung der für die Einfuhr nach Deutschland vertragsmäßig bestehenden Zollermäßigungen und Zollbefreiungen gegenüber den nicht meistbegünstigten Staaten.

Die Patent-, Muster- und Markenschutzübereinkommen mit Oesterreich-Ungarn und Italien werden in 3. Lesung angenommen.

Hinsichtlich der Verzollung der am 1. Februar in Deutschland vorhandenen Bestände an Getreide 2c. haben die Abgg. Dr. Böttcher, Dr. Buhl (nat.-lib.), Fürst von Hatzfeld-Trachenberg (Rchsp.), v. Helldorf, Freih. v. Manteuffel (kons.), Rickert und Dr. Witte (dfrs.) mit Rücksicht auf die heute vom Reichskanzler abgegebene Erklärung eine neue Fassung des Entwurfs beantragt, wonach die Vergünstigung der Anwendung des niedrigeren Zollsatzes zwar auf die am 1. Februar vorhandenen Kontobestände der Mühlen und auf die Holz- und Weinbestände in Transitlagern ausgedehnt werden soll, aber auf das Verlangen verzichtet wird, daß der niedrigere Zollsatz auch auf das bis zum 30. April eingehende Getreide ohne Rücksicht auf den Ursprung Anwendung finden soll.

Staatssekretär v. Maltzahn führt nochmals die gegen die beantragten Erweiterungen sprechenden Bedenken vor. Durch die Ausdehnung der Vergünstigung auf die Kontobestände der Mühlen setze man die kleineren Müller, die kein Zollkonto haben, aber ausländisches Getreide vermahlen, gegenüber den größeren Müllern zurück und schädige sie in dem an sich schweren Konkurrenzkampfe, den sie gegen die großen Mühlen zu bestehen haben.

Abg. Frhr. v. Pletten (Zentr.) bekämpft die Ausdehnung der Vergünstigung auf die Kontobestände der Mühlen und spricht sich gegen den neu eingegangenen Gesetzentwurf aus, welcher der Regierung plein pouvois geben soll, so daß der Reichstag keine Möglichkeit habe, zu prüfen, ob die Gegenleistungen, die uns ein Land für Gewährung der niedrigeren Zölle zusteht, ausreichen.

Abg. Dr. Barth (dfrs.) beantragt, daß bis zum 30. April Getreide aus Ländern, mit denen wir keine Verträge haben, zu dem niedrigeren Zollsatze zugelassen werden, wenn nachgewiesen werde, daß die Kaufverträge vor dem 14. Jan. abgeschlossen sind. Es handle sich um große Mengen Getreide, die aus Rumänien auf der Donau 2c. und solche, die auf holländischen Flüssen bereits nach Deutschland unterwegs seien.

Staatssekretär Frhr. v. Maltzahn erklärt den Antrag Barth für unannehmbar; auch gegen diesen bestünden die politischen Bedenken, welche der Reichskanzler gegen den fallen gelassenen Theil des Kommissionsantrags anführte.

Abg. Dr. Buhl (nat.-lib.) spricht im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes gegen den Antrag Barth.

Abg. Frhr. v. Manteuffel (kons.) erklärt, daß seine politischen Freunde gegen die Ausdehnung der Vergünstigung auf die Mühlenkontos, und ebenso gegen den Antrag des Abg. Dr. Barth stimmen würden.

Abg. Rickert (dfrs.) stimmt für den Kompromißantrag Dr. Böttcher und Gen., nachdem die Zustimmung des Bundesraths dafür sicher sei. Er nähme gern mehr, begnüge sich aber mit dem Erreichbaren. Hoffentlich werde dieses Gesetz durch den heute eingebrachten Gesetzentwurf der Regierung überflüssig.

Abg. Fritzen (Ztr.): Es hätten nicht nur die Mühlen mit Zollkonto, sondern alle Mühlen berücksichtigt werden sollen, die nachweisbar ausländisches Getreide vermahlen.

Abg. v. Kleist-Retzow (kons.) bekämpft die beantragten Erweiterungen, ebenso Abg. v. Schalscha (Ztr.). Seit einem Jahre sei von der Zollermäßigung die Rede; wenn nun in letzter Zeit noch Spekulationskäufe gemacht und die Lieferung durch Ueberschwemmung und Eisgang verzögert worden sei, so liege für den Reichstag kein Anlaß vor, das eingefrorene Geschäft wieder flott zu machen.

Der Entwurf wird nach dem Antrag Böttcher u. Gen. angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag, 2 Uhr: 3. Berathung des vorstehend angenommenen Gesetzes; 1. bezw. 2. Berathung des oben genannten, neu eingegangenen Gesetzentwurfs; Telegraphengesetz.

Deutsches Reich.

♂ Berlin, 27. Jan. Aus allen größeren Städten des Reichs liegen Nachrichten über die festliche Begehung von Kaisers Geburtstag vor. Der Tag ist in ganz Deutschland allgemein als Festtag begangen worden und vielfach waren großartige Veranstaltungen getroffen. — Zur Beiwohnung der Beisetzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Großfürsten Konstantin von Rußland sind im Auftrage des Kaisers General v. Werder und Major Frhr. v. Seckendorf nach St. Petersburg abgereist. — Der Kongreß deutscher Landwirthe, der am 23. Februar hier zusammentritt, wird über das Unterstützungswohnsitz- und das Freizügigkeitsgesetz und ihre Wirkungen auf die deutsche Landwirthschaft, sowie über die persönliche Inanspruchnahme der Bewohner des platten Landes durch die Gesetzgebung der letzten Jahre berathen. Am 24. Februar findet die 17. Generalversammlung der Vereinigung der deutschen Steuer- und Wirthschaftsreformen statt mit der Tagesordnung: 1) die Forderungen der deutschen Landwirthschaft in Konsequenz der jüngsten wirthschaftlichen Maßnahmen. 2) Verbände ländlicher Arbeitgeber. — Schriftsteller Max Bewer in Dresden erklärt in einer Zuschrift an die Post, daß er der Verfasser der Broschüre „Bismarck und der Hof" nicht sei. — Das preußische Staatsministerium hat, wie mehrseitig verlautet, einen Strafantrag wegen Beleidigung gegen den Rektor Ahlwardt, den Verfasser einer Anzahl antisemitischer Broschüren, in denen allerlei Skandalosa berichtet wurden, gestellt.

* Berlin, 28. Jan. Ein Extrablatt des Militärwochenblatts veröffentlicht die Ernennung des Generalleutnants Bergmann zum Gouverneur von Straßburg und die Ernennung des Generalleutnants v. Kayser zum Kommandeur der 33. Division in Metz.

Aus der Pfalz, 25. Jan. Gestern fand in Neustadt a. d. H. eine Versammlung sämmtlicher Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei im Kanton Neustadt statt, welche beschloß, Herrn Dr. Bürklin eine Adresse zu überreichen, in welcher demselben der Dank für seine Stellungnahme bei der Berathung der Handelsverträge ausgedrückt werden solle. Ferner beschloß die Versammlung, dahin wirken zu wollen, daß alle staatserhaltenden Parteien geschlossen gegen die sich immer mehr in den Vordergrund drängende Sozialdemokratie vorgehen mögen.

Stuttgart, 27. Jan. Anläßlich des Geburtstages des Kaisers betont der Staatsanzeiger das Band treuer Freundschaft, das Kaiser und Württembergs König verknüpft. Der Kaiser ernannte den König zum Chef des westpreußischen Kürassierregiments Nr. 5.

Frankreich.

* Paris, 27. Jan. Zur Feier des Geburtstages Sr. Maj. Kaiser Wilhelm fand bereits gestern im Hotel Kontinental ein Banket der deutschen Kolonie statt, welches äußerst glänzend verlief. An demselben nahmen der deutsche Botschafter Graf Münster, die Gräfin Marie Münster, die Gräfin Asseburg, der Botschaftsrath von Schön, sowie über 2000 Herren und Damen der hiesigen deutschen Kolonie Theil. Gegen 10 Uhr brachte der Botschafter einen Trinkspruch auf Se. Majestät den Kaiser aus, in welchen die Anwesenden enthusiastisch einstimmten.

Rußland.

St. Petersburg, 27. Jan. Von 14,000 nach Sibirien ausgewanderten Bauern sind bereits hunderte gestorben, die Überlebenden sind obdachlos.

Serbien.

Belgrad, 27. Jan. Male Novine melden in einem Extrablatt, Stambuloff sei das Opfer eines Attentates. Zwei Männer schossen nach ihm aus einem Gestrüpp, als er den Wagen verließ. Der Minister des Auswärtigen, Grekoff, übersandte heute eine Note an die diplomatischen Agenten, wonach die Verletzung leicht sei. Der hier angekommene Assistent Professor Billroths, Dr. Eiselsberg, habe erklärt, die Kugel sei ohne jede Gefahr zu exstirpiren. Der Großvezier drückte Stambuloff telegraphisch seine Theilnahme aus.

Belgrad, 27. Jan. Der serbische Kriegsminister hat seine Entlassung eingereicht.

Griechenland.

* Athen, 27. Jan. Infolge des Gesundheitszustandes der Königin ist die beabsichtigte Reise derselben nach St. Petersburg im letzten Augenblicke aufgegeben worden.

Afrika.

* Tanger, 27. Jan. Dandolo blieb noch im hiesigen Hafen liegen. Der englische Kriegsdampfer Kurlew hat den Hafen verlassen und wurde durch das hierselbst eingetroffene Kriegsschiff Tunderer ersetzt. Unter den Volksstämmen von Tanger herrscht Ruhe.

Baden.

f. Baden, 27. Jan. Das Festkonzert, welches das städt. Kurkomite im großen Konzertsaale des Konversationshauses aus Anlaß des Geburtsfestes S. M. des Kaisers veranstaltete, nahm einen glänzenden Verlauf. Der festlich geschmückte, prächtig erleuchtete Saal war vom vornehmsten Publikum dicht besetzt. Das städt. Kurorchester unter Direktion des Herrn Konzertmeisters Krasselt erfreute das Publikum mit einem gewählten und vorzüglich durchgeführten Programm. Vier hervorragende Künstler traten als Solisten auf; wir nennen in erster Reihe Frau Lilian Sanderson, Konzertsängerin aus Berlin, eine der berühmtesten Liedersängerinnen der Gegenwart, über deren Leistungen wir schon wiederholt berichtet. Einen würdigen Partner hatte Frau Sanderson in dem jugendlichen Violinvirtuosen Gregorowitsch aus Berlin. Das Violinkonzert Nr. 2 mit Orchester von Wieniawsky bot dem Künstler die beste Gelegenheit, seine glänzenden technischen Eigenschaften, sowie sein seelenvolles Spiel, das Feuer und die Leidenschaft seines Vortrags in's hellste Licht zu stellen. Unser rühmlichst bekannter einheimischer Klaviervirtuos, Herr Theodor Pfeiffer, brachte an diesem Abend eine von ihm komponirte „Deutsche Militärfantasie" für Klavier und Orchester, S. M. dem deutschen Kaiser Wilhelm II. zu dessen Geburtstag gewidmet, zur Vorführung und fand

mit dem effektvollen Tonstücke ebenfalls reiche Anerkennung. Herr Brüning, Pianist von Berlin, erwies sich als diskreter, gewandter Begleiter, der mit Geschick sich der Vortragsweise des Künstlers anpassen weiß. Das schöne Konzert schloß mit dem wirkungsvollen „Kaisermarsch“ von R. Wagner, der vom Orchester mit Feuer vorgetragen wurde. — Am Festtage selbst versammelten sich die Spitzen der staatlichen und städt. Behörden, sowie viele Bürger und Beamte der Stadt um 9¾ Uhr im großen Rathhaussaale und begaben sich im Zuge in die katholische Stiftskirche, wo dieses Jahr der offizielle Festgottesdienst stattfand. Auch in den anderen Kirchen war zur Feier des Tages ein besonderer Gottesdienst. Mittags 1 Uhr fand im Petersburger Hof ein gemeinschaftliches, zahlreich besuchtes Festmahl statt, bei welchem Herr Geh. Regierungsrath Dr. Reinhardt den Trinkspruch auf S. M. den Kaiser ausbrachte. Küche und Keller haben auch diesmal dem Ruf des Stambach'schen Hauses alle Ehre gemacht.

⚹ **Pforzheim**, 28. Jan. Heute Nacht 12 Uhr entstand in dem benachbarten Niefern eine bedeutende Feuersbrunst; 4 Wohnhäuser, darunter 2 Doppelwohnhäuser, und 6 Scheuern sind den Flammen zum Opfer gefallen, 8 Familien wurden obdachlos. Das Feuer entstand in einem Strohschuppen und wurde unzweifelhaft durch Brandstiftung hervorgerufen. Menschenleben sind zum Glücke nicht zu beklagen; ein 14jähriger schlafender Knabe konnte noch rechtzeitig aus dem bereits brennenden Bette gerettet werden; ebenso wurde ein Theil des Mobiliars und das Vieh in Sicherheit gebracht. An der Löscharbeit betheiligten sich außer der Feuerwehr von Niefern diejenigen von Eutingen, Enzberg, Mühlacker, Oeschelbronn und Pforzheim. Die hiesige Feuerwehr wurde erst gegen 2 Uhr alarmirt; sie langte gegen 3 Uhr auf dem Brandplatze an und betheiligte sich noch an dem Niederlegen der brennenden Gebäude. Das Brennen ist in unserer Gegend in letzter Zeit geradezu epidemisch. Möge es gelingen, den Brandstifter dieses letzten großen Brandes zu ermitteln, damit einmal ein abschreckendes Exempel gegeben werden kann.

♀ **Lahr**, 27. Jan. Bei der gestrigen Ergänzungswahl in den Bürgerausschuß wählte die Klasse der Niederstbesteuerten als Stadtverordnete die Herren: Karl Ugi, Bäcker und Karl Schneider, Gärtner. Damit kann nun endgiltig festgestellt werden, daß alle bei der Stadtverordnetenwahl aufgewendete Mühe der hiesigen Sozialdemokraten umsonst war.

Das Kaiserfest in der Festhalle.

☾ Karlsruhe, 28. Jan.

Zu den hervorragendsten Feierlichkeiten zu Ehren des Geburtstagsfestes unseres Kaisers Wilhelm II. zählt sicherlich diejenige, welche, aus dem Schooße echt nationalliberal gesinnter Männer hervorgehend, gestern im Konzertsaale der Festhalle bei einem gemeinschaftlichen Festmahle stattfand. Es waren weit über 100 Festgäste, welche der nationale Gedanke in harmonischer Uebereinstimmung vereinigte, das Fest des Kaisers zu begehen. Sämmtliche nationalliberalen Landtagsabgeordneten und viele aus dem Kreise der Karlsruher Bevölkerung hervorragende Männer hatten sich zu der Feier eingefunden. Herr Landgerichtsdirektor und Landtagsabgeordneter Fieser brachte den Trinkspruch auf Kaiser Wilhelm II. aus. Zu den schönsten Pflichten, welche aus den großen geschichtlichen Ereignissen der letzten 20 Jahre hervorgegangen, gehöre diejenige, die nationalen Gedenktage im Freundeskreise zu feiern; der erste derselben sei des Kaisers Geburtstag, in ihm, dem Kaiser, erblicke man die Verkörperung des einheitlichen Gedankens des deutschen Reiches; er marschire an der Spitze desselben und er sei es, der, ein echter Hohenzoller, die Kraft und Macht in sich fühle, es gegen jeden inneren und äußeren Feind zu vertheidigen. An diesem Tage gedenke er aber auch besonders der Gründer und Erschaffer des deutschen Reiches, des greisen Heldenkaisers Wilhelm I. und dessen hochherzigen Sohnes, des Kaisers Friedrich. In warm beseelten, von dem Gedanken echter Vaterlandsliebe getragenen Worten weist Redner darauf hin, daß es stets nur die Hohenzollern waren, die den nationalen Gedanken hoch gehalten, die Muth und Entschiedenheit genug besaßen und deren Verdienst es sei, uns nach einer jahrtausend langen Geschichte an die Spitze der Nationen gestellt zu haben. In leiser, aber wohl verständlicher Andeutung gedenkt er des Feldherrn und des großen Staatsmannes, welche im Sinne ihres greisen Souveräns mithalfen, ja wesentlich dazu beitrugen, durch die Dynastie der Hohenzollern das deutsche Reich in vorher nie gesehener Herrlichkeit zu erheben. Auch dem jetzigen Kaiser bringe man Vertrauen entgegen, er sei voll Muth und Energie, er sei bemüht, Das aufrecht zu erhalten, was seine Vorgänger, und hauptsächlich mit ihnen jener große Staatsmann (Bismarck) geschaffen; Kaiser Wilhelm II. wolle nicht, wie es die Weise eines jungen, mächtigen Mannes sonst sei, Krieg, sondern er wolle den Frieden, ohne jedoch das Ansehen des Reiches zu schädigen. Redner gedenkt u. A. der Handelsverträge; wenn sie auch nicht Jedem gerecht seien, so sei doch vieles Gute geschehen und die Nation könne sich den neuen Verhältnissen vertrauensvoll hingeben. Wenn da und dort Unzufriedenheit herrsche, so sei nicht überall der Kaiser schuld und die Nation sei nicht unwesentlich daran schuld, daß Manches anders geworden und der Reichstag heute so ganz anders beschaffen sei. An allen echt vaterländisch gesinnten Männern liege es, zur Erhaltung des so schwer Errungenen beizutragen. Kaiser Wilhelm halte mit Muth und Entschlossenheit am Testamente seines Großvaters fest, er sei fest gewillt, mit starker Hand den Frieden im Innern wie nach außen zu erhalten. Seine Huldigung gelte nicht einem absoluten Kaiser, sondern dem Schützer und Mehrer des geeinigten deutschen Vaterlandes. In das auf Kaiser Wilhelm gebrachte Hoch stimmte die ganze Versammlung begeistert ein, während die Musik die Nationalhymne spielte.

Den zweiten Trinkspruch brachte Stadtverordnetenvorstand, Fabrikant Schwindt, aus. Mit interessanten Streiflichtern auf die politische Vergangenheit der letzten 30—40 Jahre gedenkt er der Sturm- und Drangperiode der Jahre 1848 und 1849, der darauf folgenden Reaktionszeit und des Konkordats. Vom April 1860 datire der Zeitpunkt freiheitlicher Entwickelung in unserem badischen Vaterlande. Mit lauter Zustimmung der Versammlung deutet er auf den Mann hin, dessen nationaler Gesinnung wir viele freiheitliche Entwickelungen, eine lange Reihe von trefflichen Gesetzen und Errungenschaften verdankten, die zu schaffen er wesentlich beitrug, auf den Staatsrath und Präsidenten Herrn Lamey, der heute in diesem Kreise unter ihnen weile! Redner betont die hervorragendsten Errungenschaften und hebt hervor, daß wir es nur den Bestrebungen und dem Eifer nationalliberaler Männer zu verdanken haben, daß Baden ein Musterstaat sei und es bis heute bleibe, daß wir Freiheiten hätten, an welchen andere Staaten erst arbeiteten. Erst seit einigen Jahren machten sich andere Parteien geltend, die in Verbindung mit den Ultramontanen sich gegen diese Männer stellten. Alle Gutgesinnten sollten sich daher vereinigen, um das Errungene zu erhalten und ihre Treue und Liebe zu unserem Großherzog zu beweisen. Wenige Wochen trennten uns noch von einem Feste, welches vom Bodensee bis zu den entgegengesetzten Grenzen des Landes in freudiger Uebereinstimmung den Beweis liefern werde, daß Baden unter der segensreichen Regierung seines Fürsten ein glückliches Land sei. Redner endigte mit einem Hoch auf Großherzog Friedrich, das mächtig durch den Saal brauste und in aller Herzen widerhallte.

Den dritten Trinkspruch brachte Herr Professor Höchstetter aus. In schwungvoller Rede gedachte er der Zeiten, wo man sich mit Recht fragen konnte: „Was ist des deutschen Vaterland?“ wo es eine Schmach war, ein Deutscher zu sein; in beredten, vom Feuer echter patriotischer Gesinnung getragenen Worten entwirft er ein Bild von den bekannten Märztagen der 40er Jahre bis zum großen Jahre 1870. In diesem Jahre hätten die geeinten deutschen Stämme auf die Frage, was des deutschen Vaterland sei, einstimmig geantwortet: Das ganze Deutschland soll es sein, wir alle wollen Hüter sein, fest steht u. treu die Wacht am Rhein! Alles dieses habe man einem Manne zu verdanken, dessen zu gedenken heute Pflicht sei (Bismarck); heute sei es keine Schande mehr, sondern ein Stolz, Deutscher zu sein. Redner rief durch die vom Gefühle eigener Empfindung beseelten Worte tief in's Herz der Hörer und sein Trinkspruch auf das deutsche Vaterland fand in den Herzen Aller den mächtigsten Widerhall.

Nach ihm ergriff Herr Professor Goldschmit das Wort; es sei über das deutsche und besonders auch über das badische Vaterland viel gesprochen worden, mit Letzterem sei ein Name glorreich verbunden, der Name Lamey, er, der heute noch jugendfrisch in der Versammlung anwesend sei; er danke dem Ehrenbürger Karlsruhe's für sein heutiges Erscheinen. Was er seit 30 Jahren zum Wohle Badens und seiner Bürger gethan, werde nicht vergessen werden, auch wenn sich in der Ritterstraße eine andere Gesellschaft zusammenfinde. Doch es sei ja dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Weit über den Rahmen des badischen Landes hinaus rage der Name Lamey. Sein Fürst habe ihn geehrt und ausgezeichnet und alle treuen Bürger Badens verehren, achten und schätzen ihn hoch. Jubelnd stimmte die Versammlung mit ein auf das Hoch, welches Redner auf diesen greisen beliebten Staatsmann ausbrachte.

Staatsrath und Präsident der 2. Kammer, Exz. Lamey dankt für die ihm gewordene Huldigung und entwirft nun in kurzen Umrissen ein Bild seiner Thätigkeit; es sei eine günstige Zeit gewesen, als er seine parlamentarische Laufbahn angetreten, damals sei es leicht gewesen, mit Gesetzen aufzutreten, welche nach der Reaktion dem Volke Freiheit und Liberalität brachten und es dennoch vor dem Radikalismus bewahrten, welcher ein Unglück für das Volk sei. Die 60er Jahre wären die glücklichsten gewesen, die guten Ernten, der Segen des Weinbaues habe viel zur guten Stimmung des Volkes beigetragen. In launiger Rede entwickelt Redner sodann eine Betrachtung über die Jahre 1866—1870 und weist auf die Rolle hin, die Baden im Bruderkampfe und dem Zerwürfnisse zwischen Preußen, Oesterreich und dem deutschen Bunde zugefallen war; Baden sei damals das Objekt des Widerwillens gewesen und habe Schweres zu bestehen gehabt. Der Liberalismus habe aber damals den vaterländischen Gedanken angeregt, der sich 1870 so opfermüthig gezeigt habe. Den klaren, schlichten und so wahrheitsüberzeugenden beredten Worten des greisen, erfahrenen, hochgeschätzten Parlamentariers folgte die aufmerksamste Theilnahme der Zuhörer und sie stimmten freudig in seinen Trinkspruch auf das deutsche Reich und seine Anhänger mit ein.

An den Trinkspruch des zweitältesten der badischen zweiten Kammer, Herrn Friderich, der in einem Hoch auf Karlsruhe, welches eine Tochter Durlachs, durch die Kraft seiner Bürger jetzt groß und schön, geachtet in Baden und Deutschland dastehe, endigte, reihte sich noch ein weiterer des Herrn Rechtsanwaltes Binz auf das deutsche Volk. Damit war die schöne Feier zu Ende. Die Gesangsvorträge des mit so prächtiger Stimme begabten Herrn Hofopernsängers Cords, des trefflichen Bassisten Herrn Hofopernsänger Heller, sowie des immer tonfrischen Liederkranzsängers Herrn Bock verschönten im Vereine mit den Klängen der Musikkapelle ehemaliger Militärmusiker das Fest. Es war keines jener steifen, mit dem Firniß äußerlichen Patriotismus glänzenden Feste, wie sie so oft stattfinden, sondern eine Versammlung von Männern, welche von gleicher, im Herzen wurzelnder echt vaterländischer Gesinnung beseelt, sich hier zusammenfanden, um zu beweisen, daß sie in unverbrüchlicher Treue zum Reiche und dessen Oberherrn stehen und an ihrer monarchischen Gesinnung unentwegt festhalten, die aber auch in unvergänglicher Dankbarkeit stets Derer gedenken, die Deutschland groß und mächtig gemacht.

Städtisches.

× **Karlsruhe**, 28. Jan. Bei der heute Nachmittag durch den Bürgerausschuß vorgenommenen Ersatzwahl zweier Stadträthe wurden gewählt: an Stelle des Herrn Vierordt: Herr Stadtverordneter, Rentner Ludwig Händel, mit 59 Stimmen von 87 Abstimmenden (Amtsdauer bis Mitte April 1893), und an Stelle des Herrn Römhildt: Herr Stadtverordneter, Bierbrauereibesitzer Friedrich Höpfner mit 61 Stimmen von 86 Abstimmenden (Amtsdauer bis Ende April 1896).

* **Karlsruhe**, 28. Jan. Heute wurde der Stadtrath Friedrich Weber unter großer Betheiligung von Verwandten und Freunden zur letzten Ruhestätte geleitet. Mit ihm verliert das Stadtrathskollegium in kurzer Zeit schon das dritte, langjährige und verdiente Mitglied durch den Tod. Der Rentner Weber, früher Maurermeister, war vorzugsweise als Sachverständiger in Bauangelegenheiten thätig gewesen. Er wurde 70 Jahre alt und feierte noch vor 14 Tagen in voller Gesundheit und Rüstigkeit seinen letzten Geburtstag.

* **Karlsruhe**, 28. Jan. Morgen, Freitag Abend, wird im Schrempp'schen Kolosseum zum Benefiz für Mande Wirth eine große Abschiedsvorstellung stattfinden. Bei dem rauschenden Beifall, den dieser jugendliche Damenkomiker allabendlich für seine überaus gelungenen und dezenten Nachahmungen weiblicher Rollen gefunden hat, zweifeln wir nicht, daß sich an seinem Abschiedsabend noch einmal ein vollbesetztes Haus an seinen Darstellungen ergötzen wird.

□ **Karlsruhe**, 28. Jan. Gestern Nachmittag wurde einem Trödler in der Spitalstraße aus der Auslage ein Frauenregenmantel entwendet, der Dieb jedoch von dem Trödler in der Waldhornstraße wieder eingeholt. — Ein Küferbursche, welcher mit seinem Meister wegen der Kündigung Differenzen hatte, schlug gestern Nachmittag dem Meister mit dem sogen. Küferschlegel mehrere Mal auf den Kopf, so daß der Meister bewußtlos zusammenbrach und in ärztliche Behandlung genommen werden mußte. Der Bursche wurde in Haft genommen. — In dem Bäckerhause Akademiestraße Nr. 65 waren gestern Nachmittag auf dem Speicher die das Kamin umgebenden Balken, sowie der Fußboden in Brand gerathen, nachdem Abends zuvor schon der Ruß im Kamin einige Zeit gebrannt hatte. Das Feuer konnte von den Hausbewohnern selbst gelöscht werden, doch ist der Schaden immerhin erheblich.

Drahtberichte.

** **Berlin**, 28 Jan. Der Reichstag setzte heute die dritte Berathung über das Transitlagergesetz fort

Abg. Fritzen wünscht für das Getreide in den holländischen Getreidemühlenlagern die gleiche Vergünstigung, wie sie schon dem in Deutschland vorhandenen gewährt wird.

Abg. v. Stumm will Alles vermieden sehen, was die Verhandlungen mit andern Staaten erschwert.

Nach längerer Verhandlung wird der Gesetzentwurf mit einer vom Abg. Brömel beantragten redaktionellen Aenderung des zweiten Absatzes angenommen.

Es folgt die erste, beziehungsweise auch zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Anwendung der für die Einfuhr nach Deutschland vertragsmäßigen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen gegenüber den nicht meistbegünstigten Staaten.

Auf eine Frage des Grafen Kanitz, welchen Staaten die Vortheile des Abkommens mit Oesterreich, Italien und der Schweiz zugute kommen sollten, erklärte Staatssekretär von Marschall, der Bundesrath sei bereits in die Prüfung dieser Frage eingetreten.

Auf die Befürchtungen des Abgeordn. von Kleist-Retzow, daß der Bundesrath auch Rußland die Meistbegünstigung zukommen lassen würde, entgegnet v. Marschall, der Bundesrath werde von der Befugniß nur solchen Staaten gegenüber Gebrauch machen, welche den ernsten Willen zeigen, mit Deutschland in dauernde Beziehungen zu treten.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

** **Berlin**, 28. Jan. Im Abgeordnetenhause wurde heute die Berathung des Schulgesetzes fortgesetzt. Nach dem Abg. v. Eynern, welcher mit der Frage schloß, wer denn eigentlich das Gesetz gearbeitet habe, da sich doch der Kultusminister schwerlich so schnell hineingearbeitet haben könnte, erklärt Kultusminister v. Zedlitz, die Kampfesweise des Abg. Richter sei ihm sympathischer, als die des Vorredners; jener sei ein energischer, offener Gegner, mit solchem Manne zu kämpfen, sei eine Ehre. Die Ausarbeitung des Gesetzes nehme er thatsächlich für sich in Anspruch; er habe stets Arbeiten gelernt. Die Parteien links hätten große politische Pläne, wohin auch die neuliche Rütli-Szene im Reichstage gehöre. (Große Heiterkeit.) Die Nationalliberalen wollten die Schulgesetze benutzen, um sich zum Eckstein einer neuen Parteibildung zu machen.

** **Berlin**, 28. Jan. Die Budgetkommission des Reichstags beschloß eine Resolution auf Einschränkung der Militärposten in verkehrsreichen Gegenden. Die Revision zielt auf Bestimmungen über den Gebrauch von Schießwaffen ab.

** **Bern**, 28. Jan. Der Ständerath nahm einstimmig die Handelsverträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn an.

** **Pesth**, 28. Jan. Von den 341 Parlamentswahlen sind bisher 55 bekannt. Unter denselben befinden sich 40 Liberale, darunter Ministerpräses Szapary und Finanzminister Weckerle je einmal, Minister Baroß dreimal einhellig gewählt. Die äußerste Opposition brachte es auf 10 Mandate, die gemäßigte Opposition (Nationalpartei) auf fünf.

* **Frankfurt a. M.**, 28. Jan. (Anfangskurse.) Kreditaktien 264¼, Staatsbahn 258¼, Lombarden 80½, Galizier —.—, Aegypter 95 70, Ungarn 93 —, Diskonto-Kommandit 189 90, Gotthardaktien 137.40, Laurahütte —.—, Gelsenkirchen —.—, neue Reichsanleihe —, Darmstädter —.—. Matt.

* **Frankfurt a. M.**, 28. Jan. (2 U. 36 M.) Wechsel auf Amsterdam 168.65, ditto auf London 20.37, ditto auf Paris 80.95, ditto auf Wien 172.45, Priv.-Disk. 1⅞, Napoleons 16.19, Kreditaktien 265¼, Disk.-Komm. 181.20, Schweiz. Nordost 108 40, 60r Loose 125.40, Mittelmeer 94 20, Türken 18.30, 4¼prozent. Portugiesen 40.80, bad. Zuckerfabrik 61.—. Fester.

* **Frankfurt a. M.**, 28. Jan. (3 U. 30 M.) 3proz. Reichsanleihe 84.70, 4proz. Reichsanleihe 106.95, 4proz. preuß. Konsols 106 80, 4proz. bad. Obligat. in Gulden 102.55, ditto in Mark 104 85, österr. Goldrente 96.60, österr. Silberrente 81.50, 4proz. ungar. Goldrente 92.90, 1880er Russen 93.50, 2. Orientanleihe 63.50, Italiener 90.70, Aegypter 95 70, Spanier 63.20, Zolltürken 87.—, Serben 84 70, Elbthal 205⅞, hess. Ludwigsbahn 112.90, Basler Bankverein 125 90, Handelsgesellschaft 133.20, Darmstädter Bank 120.20, Deutsche Bank 155.30, Dresdener 135.70, Länderbank 182.70. — Nachbörse. Kreditaktien 266½, Disk.-Komm. 182.10, Staatsbahn 258¾, Lombarden 80¾, Westeregeln —.—. Fest.

* **Frankfurt a. M.**, 28. Jan. (6 U. 40 M.) Kreditaktien 266½, Staatsbahn 258¾, Lombarden 81.20, Disk.-Komm. 182.40, Aegypter 95.80, Ungarn —, Gelsenk. 133.50 Italiener —.—. Gotthard —.— Fest. —

* **Berlin**, 28. Jan. (Anfangskurse. — U. — M.) Kreditaktien 172 —. Staatsbahn 133.50, Lomb. 44.10, Disk.-Komm. 185 70, Marienburger 57.40, Dortmunder 57.20, Laurahütte 107.90, russ. Noten 199.20.

* **Berlin**, 28. Jan. (12 Uhr 20 Min.) Kreditaktien 170.90, Franzosen 129.20, Lombarden 44.—, Diskonto-K. 185.50, Bochumer 114.20, Dordmunder 57.40, Gelsenkirchen 136.50, Laurahütte 107.50, Italiener 90.80, Ungarn 93.20, 3pCt. Reichsanleihe 84.70, Russ. Noten 198.70. Matt.

* **Berlin**, 28. Jan. (12 U. 11 M.) Kreditaktien 166 60, Staatsbahn 128.10, Lombarden 45.10, Diskonto-Kommandit 182.70, Marienburger 55 70, Dortmunder 59.20, Laurahütte 110.60, russ. Noten 198.70.

* **Berlin**, 28. Jan. (Börse. 3 U. 18 M.) Die Börse war bei Beginn träge, hatte sich aber später vorübergehend erholt auf höhere Deportsätze. Fonds fest. Montanwerthe schwankend. Die Prämienerklärung blieb einflußlos. Noten besser. Ultimo Geld 2.

* **Berlin**, 28. Jan. (Schlußkurse.) Disk.-Kommandit 187.—, Dortmunder 57 70, Bochumer 114.—, Baseler —.—.

* **Wien**, 28. Jan. (Vorbörse. 10 U. 40 M.) Kreditaktien 309.—, Marknoten 58 05. 4% Ungarn 108.—, Staatsbahn 294 25, Lomb. 91.37, Galizier —.—. Schwach. —

* **Paris**, 28 Jan. (12 Uhr 40 M.) 3proz. Rente 95.27, Spanier 62⅞, Aegypter —.—, Banque Ottomane 548.—, Türken 18.52, Ungarn —.

* **Paris**, 28. Jan. 3proz. Rente 95 32, 3pr. Portugiesen 29⅛, Spanier 62⅝, Türken 18.55, Banque ottom. 547, Ungarn —.—, Rio Tinto 440.—, Banque de Paris 675.

Verantw. Redaktion: Friedrich Hannemann in Karlsruhe.

Meteorologische Beobachtungen.

Januar	Morgens	Ort.	Bar. auf 0. Gr. u. d. Meeresniv. red. i. Mill.	Wind. Richtung	Wind. Stärke	Wetter.	Temp. in Cels-graden
28	8	Mullaghm.	763	WSW	stark	Regen	7
	8	Aberdeen	757	SW	schwach	wolkig	4
	8	Christiansd	737	WSW	steif	wolkig	5
	8	Kopenhag.	750	W	schwach	Regen	2
	8	Stockholm	744	S	leicht	Regen	1
	8	Haparanda	744	SSO	mäßig	bedeckt	— 9
	8	Petersburg	754	SO	leis. Zug	bedeckt	—10
	8	Moskau	764	S	leis. Zug	bedeckt	—23
	8	Cork	770	W	schwach	heiter	6
	8	Cherbourg	770	WNW	stark	wolkenlos	7
	8	Helder	762	NW	mäßig	wolkenlos	4
	8	Sylt	754	NNW	schwach	Dunst	3
	8	Hamburg	754	W	leicht	Nebel	3
	8	Swinemde	753	SW	schwach	Dunst	2
	8	Neufahrwf	752	SSW	leicht	Dunst	1
	8	Memel	752	SSW	mäßig	Nebel	0
	8	Paris	768	NW	mäßig	wolkenlos	5
	8	Münster	758	NW	schwach	Regen	4
	8	Karlsruhe	762	SW	schwach	bedeckt	4
	8	Wiesbaden	760	SW	leicht	bedeckt	5
	8	München	761	SW	stark	Regen	1
	8	Chemnitz	758	SW	schwach	bedeckt	2
	8	Berlin	755	W	leicht	bedeckt	3
	8	Wien	760		still	bedeckt	1
	8	Breslau	756	SW	leicht	Regen	2
	8	Ile d'Aix	773	NW	frisch	wolkenlos	6
	8	Nizza	758	N	schwach	halb bed.	4
	8	Triest	761		still	wolkenlos	1

(Uebersicht der Witterung.) Vor der norwegischen Küste ist eine neue, sehr tiefe Depression erschienen, von welcher in südlicher Richtung bis zu den Alpen eine Rinne verhältnißmäßig niedrigen Druckes ausläuft; zugleich hat sich der hohe Druck ganz auf den Westen des Erdtheils zurückgezogen. Das Wetter ist dementsprechend in Deutschland trüb und regnerisch bei Temperaturen, welche über dem Gefrierpunkt liegen; in Frankreich ist es dagegen heiter. Da das Ortsbarometer seit heute Morgen in raschem Steigen begriffen ist, so scheint sich der hohe Druck wieder ostwärts auszudehnen; demnach wäre Abnahme der Bewölkung und in Folge dessen auch Sinken der Temperaturen zu erwarten.

Karlsruhe. Tagesordnung zur 20. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer auf Samstag, den 30. Jan., Vorm. 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus u. Unterrichts für 1892/93 und zwar: Tit. 1—6, 11 und 12, der Ausgabe; Tit. 1 der Einnahme, Berichterstatter Abg. Hoffmann. 3) Berathung des Berichts der Petitionskommission über die Bitte der Gemeinden Altbreisach u. a. um Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1856, die Abtretung des Rheinvorlandes an den großh. bad. Staat betr., Berichterstatter Abg. Strübe.

Lahrer Reichswaisenhaus-Silber-Lotterie.

Ziehung am 15. Februar 1892.

Loose à 1 Mk. *bei allen Loosverkaufsstellen.* 183.10 5

Todes-Anzeige.

Heute Abend ¼7 Uhr verschied nach schwerem Kampfe im 92. Lebensjahre der frühere Obergerichtsadvokat und Fiskalanwalt 881.1

Dr. jur.

Theodor Bertheau.

Mannheim, 26. Januar 1892.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Dr. Georg Bertheau.

Druck und Verlag der Macklot'schen Buchhandlung und Buchdruckerei, Waldstraße Nr. 10 in Karlsruhe.